

# **Die Rote Mappe 1976**

## **des Niedersächsischen Heimatbundes**

**Rückblick und Ausblick,  
vorgetragen durch den Vorsitzenden Herbert von Geldern  
beim 57. Niedersachsentag in Cuxhaven  
in der Festversammlung am Sonnabend, dem 9. Oktober 1976**

Herr Landtagspräsident!

Herr Ministerpräsident!

Meine Herren Minister!

Meine Damen und Herren, liebe Jugend!

Der Niedersächsische Heimatbund freut sich, Sie alle begrüßen zu dürfen, besonders auch

den Herrn Abgeordneten des Deutschen Bundestages,

die Herren Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages,

die Herren Staatssekretäre,

die Herren Regierungs- und Regierungsvizepräsidenten,

den Herrn Präsidenten des Niedersächsischen Landesverwaltungsamtes,

die Herren Vertreter der Kirchen,

den Herrn Oberbürgermeister der Stadt Cuxhaven

sowie die Vertreter zahlreicher anderer Behörden und Institutionen.

Ich eröffne die Festversammlung des 57. Niedersachsentages.

Liebe Freunde!

Wir danken Ihnen dafür, daß Sie in so großer Zahl gekommen sind, um unser großes Gespräch über die Probleme der kulturellen Heimatpflege anzuhören.

An dieser Diskussion nimmt zu unserer Freude seit dem letzten Niedersachsntag der Herr Niedersächsische Landtagspräsident teil.

Wir alle freuen uns, daß Sie, Herr Ministerpräsident Dr. Albrecht, zu uns gekommen sind, um auf die Rote Mappe zu antworten. Wir danken Ihnen, daß Sie damit eine gute Tradition wiederaufnehmen, die für mehrere Jahre unterbrochen war. Der gastgebenden Stadt Cuxhaven sind wir für die Einladung zum Niedersachsentag 1976 dankbar; wir sind sehr gerne hierher gekommen.

Niedersachsen, Land mit einem alten Namen, ist 1976 als staatliche Einheit dreißig Jahre alt. Der Zusammenschluß von Hannover, Oldenburg, Braunschweig und Schaumburg-Lippe zu einem Bundeslande ist historisch berechtigt; er hat sich wirtschaftlich und verwaltungsmäßig als sinnvoll erwiesen. - Die Einsicht in die kulturgeschichtlichen und allgemein-historischen Zusammenhänge sowie die landsmannschaftliche Verbundenheit zu fördern, ist schon vor Begründung des Bundeslandes Absicht und Aufgabe des Niedersächsischen Heimatbundes gewesen, dessen Zeitschrift nun im 36. Jahrgang „Niedersachsen“ heißt.

Die Rote Mappe steht im Mittelpunkt des Niedersachsentages, und die Diskussion, die sich aus ihrer Veröffentlichung ergibt, zeigt uns, daß wir überall gehört und meist auch verstanden werden.

Wer umfassende Heimatpflege als Dienst am Menschen betreibt, steht heute in einer langen Tradition. Wir erinnern daran, daß Wilhelm Bode beim internationalen Heimatschutztag in Stuttgart 1912 schon gesagt hat: „Die Menschheit hat sich verlaufen. Sie ist in den Wald der technischen Fortschritte geraten. Eigentlich wollte sie in ein Land kommen, wo man glücklicher werden kann.“ Daneben stellen wir Kierkegaards Wort: „Das Leben kann nur rückblickend verstanden werden. Es muß aber vorausschauend gelebt werden.“ Das sind Worte, die manchen nachdenklich gemacht haben, aber die Menschheit hat nicht danach gehandelt, und deshalb muß sie immer wieder zur Ordnung gerufen werden.

Zu den Veröffentlichungen, die geeignet sind, uns aufzurütteln, gehört auch das Buch von Herbert Gruhl „Ein Planet wird geplündert“. Hier wird das, was wir immer erneut in Einzelproblemen - wenn auch auf grundsätzliche Art - betreiben, in einen großen Zusammenhang gestellt.

In aller Welt ist man darauf versessen, Flußläufe zu begradigen, Küsten umzugestalten, Sümpfe trockenulegen, mit einem Wort: die Natur zu korrigieren. Tempo und Umfang solcher Maßnahmen werden immer mehr gesteigert, und deshalb ist es gerade jetzt so wichtig, daß Anwälte von Mensch und Natur auftreten, die das Unmenschliche bekämpfen und das Natürliche fördern in vertretbaren Kompromissen.

Wir beginnen unseren Katalog mit zwei Wünschen:

In seiner Jahreshauptversammlung 1975 hatte der Niedersächsische Heimatbund eine EntschlieÙung gegen die Kürzung der Lottomittel zur Förderung von Forschungsvorhaben gefaÙt. Die in dieser Angelegenheit von mehreren Seiten erhobenen Proteste haben zwar nicht zur Aufhebung der Kürzungen geführt, jedoch sind die beiden um 50 % verminderten Haushaltsmittel um insgesamt 2 Millionen von 6,5 auf 8,5 Millionen DM erhöht worden. Das begrüÙen wir, aber da der Ansatz 1976 immer noch erheblich unter dem des Vorjahres bleibt, wiederholen wir unsere alte Forderung, die Kürzung ganz aufzuheben.

Wir haben uns wie andere Personen und Institutionen an den Niedersächsischen Landtag und die zuständigen Landesminister mit der dringenden Bitte gewandt, die kulturelle Zweckbindung der Spielbankenabgabe nicht aufzuheben oder einzuschränken.

## **Niedersachsen**

## **Heimatpflege**

## **Lottomittel**

## **Spielbankenabgabe**

Unserem Wunsche wurde nicht voll entsprochen, jedoch ist es, auch durch parlamentarische Initiativen, zu einem Kompromiß gekommen: 1976 sollen die Mittel aus der Spielbankenabgabe unverkürzt der ursprünglichen Zweckbindung erhalten bleiben. Für die nächsten beiden Jahre soll für die bisherigen Zwecke nicht mehr das volle Aufkommen, aber wenigstens ein jährlicher Betrag von 28 Millionen DM zur Verfügung stehen.

Wir hoffen sehr, daß die finanzielle Lage des Landes es bald wieder erlauben wird, die Spielbankmittel in voller Höhe der ursprünglichen Zweckbestimmung zuzuführen. Vor allem dürfen durch diese Mittel nicht Gelder aus Titeln des ordentlichen Haushalts eingespart werden.

Wir sagen es ganz deutlich: Jahrzehntlang sind die Bereiche der Kunst- und Kulturpflege vom Staat mehr als stiefmütterlich behandelt worden. Dann flossen erstmals Mitte 1975 die Zuwendungen aus der Spielbankenabgabe, und zwar in einer diskutablen Höhe, so daß endlich begonnen werden konnte, aktive Kulturpolitik zu betreiben.

So ist es möglich gewesen, der niedersächsischen Denkmalfpflege in einem Jahr etwa 5 Millionen DM zur Verfügung zu stellen; das ist eine Summe, die ein Mehrfaches an Investitionen durch die Eigentümer bewirkt hat. Der Niedersächsische Heimatbund verfolgt mit großem Interesse die eingeleiteten Maßnahmen zur Verbesserung der Museumsstrukturen und ist gespannt auf die Ergebnisse des ersten museumspädagogischen Versuchs, der mit Schwerpunkt in Braunschweig angelaufen ist. Nicht minder interessant sind die von der Landesregierung eingeleiteten regionalen Modelle zur Verbesserung der kulturellen Infrastruktur in Ostfriesland und - mit Beginn in diesem Herbst - auch im Raum Lüneburg-Uelzen.

Die Versorgung des flachen Landes mit guten Theateraufführungen und Konzertveranstaltungen ist ein ebenso bedeutsames Vorhaben wie die finanzielle Unterstützung der Musikschulen, die z. Z. kaum in der Lage sind, die schnell wachsende Nachfrage nach musikalischer Grundausbildung zu befriedigen. Nicht zuletzt heben wir hervor, daß mit Hilfe dieser Mittel auch die Arbeit der Landschaften, der Heimatvereine und -verbände und schließlich auch die des Niedersächsischen Heimatbundes intensiviert werden kann. Die positiven Auswirkungen einer, wie hier nur angedeutet werden kann, konstruktiv angelegten Kulturpolitik werden schon bald unübersehbar sein. Um so mehr muß an dieser Stelle noch einmal gefordert werden, der Kunst und der Kulturpflege und den sie tragenden Institutionen die endlich gewonnenen Arbeitsmöglichkeiten nicht zu beschneiden.

Wenden wir uns den Problemen Cuxhavens und seiner Umgebung zu. Die Nutzungsansprüche der Wirtschaft an den Niederelberaum gehen davon aus, hier Großbetriebe der chemischen und der Grundstoffindustrie sowie Kern- und konventionelle Kraftwerke zu betreiben. Da Industrieansiedlungen solcher Art und Größenordnung einen entscheidenden Eingriff in den Naturhaushalt bedeuten, ist dringend eine entwicklungspolitische Gesamtkonzeption für dieses Gebiet erforderlich. Der Rat der Stadt Cuxhaven fordert seit langem, daß ein ökologischer Gesamtlastplan für die Region Unterelbe aufgestellt werde. Er hat inzwischen einen unabhängigen Wissenschaftler beauftragt, die Machbarkeit eines solchen Planes zu prüfen. Diese Prüfung ist positiv ausgefallen.

## Cuxhaven

Die Untere lbe mit ihren Watten, den Sänden und dem Deichvorland ist eines der wichtigsten internationalen Feuchtgebiete und Lebensraum für seltene Vogelarten. Nach der Eindeichung von Nordkehdingen, Bützfleth und der beabsichtigten Eindeichung von Krautsand-Asseler Sand sind über 80 % der für den Vogelschutz wichtigen Vordeichflächen verlorengegangen; deshalb muß das, was noch vorhanden ist, auf jeden Fall erhalten bleiben. Dazu gehören der Asseler Sand und der Allwörder Außendeich. Das Allwörder Außendeichsgelände darf nicht eingedeicht werden; der mühsam erzielte Kompromiß, auf Grund dessen ein Teil des Asseler Sandes freigehalten werden kann, muß bestehen bleiben.

Die Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz Cuxhaven/Land Hadeln und der Heimatbund der Männer vom Morgenstern erheben schwere Bedenken gegen den Plan, in Alt-enbruch-Wehldorf ein Kernkraftwerk von 1300 MW zu errichten. Hier sei ein nuklearer Park von vier Blöcken mit zusammen 5000 MW geplant. Eine starke Häufung von Kernkraftwerken in diesem Küstenraum müsse schwerwiegende Nachteile bringen, und die Gefahr der Überindustrialisierung beschwören. Wir schließen uns diesen Bedenken an und fordern eine genaue Überprüfung des Objektes sowie eine ausführliche Aufklärung der Bevölkerung.

Mit vielen Cuxhavenern wünschen wir dringend, daß die besonders wertvolle Duhner Heide unter Naturschutz gestellt werde.

Der zwischen Weser- und Elbmündung schon lange erfolgreich tätige Heimatbund der Männer vom Morgenstern weist uns auf folgendes hin: In den Kreisen Land Hadeln und Wesermünde sowie den Städten Bremerhaven und Cuxhaven haben sich seit 1958 die Störche von 194 auf 72 Paare vermindert. Der Rückgang ist in hohem Maße auf Trockenlegung von Feuchtgebieten zurückzuführen.

Leider ist es bisher nicht gelungen, das aus dem 17. Jahrhundert stammende großartige sogenannte „Oldenburger Haus“ in Altlüneberg zu sichern. Die Gemeinde Schiffdorf und der Landkreis Wesermünde sollten sich weiter um die Erhaltung dieses wichtigen Baudenkmales bemühen.

Die Stadt Bremerhaven ist eine der wenigen erst im 19. Jahrhundert gegründeten deutschen Großstädte. Hier gibt es kaum denkmalwürdige Häuser. Deshalb ist es besonders zu bedauern, daß ein Bremerhavener Baudenkmal, das in eine Liste des Landesamtes für Denkmalpflege Bremen aufgenommen worden ist, zum Abbruch freigegeben wurde.

Das alte Reyesche Haus im Stadtteil Ritzebüttel, eines der wenigen Gebäude von kulturhistorischem Wert in Cuxhaven, wurde von der Stadt erworben, restauriert und in seiner einstigen Schönheit zu einem Stadtmuseum ausgebaut. Hier ist mit viel Liebe zum Detail sowie unter Verwendung alter Materialien und Farbgebungen ein historisches Gebäude wiederhergestellt worden, das sich harmonisch in die letzte städtebaulich geschlossene Siedlungsreihe der Stadt einfügt. Im Erdgeschoß des Hauses ist sowohl eine Nebenstelle der Stadtparkasse als auch eine Museumshalle mit Nebenzäunen entstanden. Stadt und Sparkasse haben dafür zusammen mit einem Zuschuß des Landschaftsverbandes Stade einen bedeutenden Geldbetrag aufgewendet.

Viele Cuxhavener Heimatfreunde wünschen, daß das Schloß Ritzebüttel, ein gut erhaltenes Baudenkmal, aus dem Besitz des Landes Niedersachsen in den der Stadt Cuxhaven übergehe. Die Stadt hat, wenigstens baulich gesehen, bis heute keinen kulturellen Mittelpunkt, und es bietet sich geradezu an, das Stadtarchiv im Erdgeschoß, repräsentative Empfangsräume für die Stadt aber im ersten Obergeschoß unterzubringen.

Wir kommen zum Grundsätzlichen:

Leider gibt es zu Fragen des Umwelt-, Natur-, Landschafts- und Denkmalschutzes zu wenige Informationen, die für breite Kreise der Bevölkerung geeignet sind. Auf alle Fälle müßten folgende Menschengruppen aufgeklärt werden:

Landbesitzer, die beispielsweise oft den Unterschied zwischen Natur- und Landschaftsschutz nicht kennen,

Menschen, die in der Landschaft Arbeitsaufträge zu erledigen haben,

und schließlich Erholungssuchende.

Man muß immer wieder bedenken, daß Lenkung und Angebote besser sind als Verbote.

## **Kernkraftwerk Altenbruch**

## **Duhner Heide**

## **Rückgang der Störche**

## **Oldenburger Haus**

## **Reyesches Haus**

## **Schloß Ritzebüttel**

## **Information der Bevölkerung**

In diesem Jahre behandeln wir die Feuchtgebiete schwerpunktartig, das sind:

Feuchtwiesen, Moor- und Sumpfgebiete sowie Gewässer, die - natürlich oder künstlich - dauernd oder zeitweise - stehend oder fließend - Süß-, Brack- oder Salzwasser sind, einschließlich solcher Meeresgebiete, deren Tiefe bei Niedrigwasser 6 Meter nicht übersteigt.

Feuchtgebiete müssen aus ökologischen, wissenschaftlichen, ästhetischen und ethischen, aber auch durchaus aus ökonomischen Gründen geschützt werden. Sie und die in ihnen lebenden Tiere und Pflanzen sind äußerst gefährdet. Der niedersächsische Bestand an Hochmooren ist im letzten Jahrhundert auf  $\frac{1}{10}$  seiner Fläche zusammengeschrumpft. Seit 1962 sind mehr als 60 % ökologisch wirksamer Außendeichsflächen verlorengegangen.

Das Niedersächsische Landesverwaltungsamt hat eine „Rote Liste“ herausgegeben, die aussagt, daß bei 38 von 72 gefährdeten Vogelarten Entwässerungsmaßnahmen als Rückgangsursache angenommen werden. Daraus ergibt sich, daß auch weiterhin große Landschaftsteile unter Schutz gestellt werden müssen. Selbstverständlich sind die geschützten Gebiete durch Ankäufe und Pflegemaßnahmen zu sichern. - Mit guten Erfolgen sind auch künstliche Gewässer zu Ersatzbiotopen entwickelt worden. Damit das alles durchgeführt werden kann, ist es unbedingt erforderlich, daß die Landespflegebehörden erheblich besser als bisher mit Fachpersonal und Geldmitteln ausgestattet werden.

Ein in unserer Zeitschrift „Niedersachsen“ erschienener Aufsatz über „Feuchtgebiete in Niedersachsen“ ist allen Landtagsabgeordneten zugeleitet worden.

In vielen Fällen erfolgt die von uns immer wieder geforderte Einbindung von Gewässern nicht oder nur sehr unzulänglich. Altgewässer sollten als Lebensraum für Wassertiere und Wasserpflanzen erhalten bleiben oder hergerichtet werden. Die sogenannte „Grundräumung“ von Vorflutern, die oft einem verdeckten Ausbau gleichkommt, muß nach den Regeln des gemeinsamen Runderlasses über den Gewässerausbau vorgenommen werden.

Viele Wasserläufe werden vorwiegend nach technischen Gesichtspunkten und ohne Berücksichtigung der natürlichen Grundlagen behandelt. Gerade an noch naturnahen und kaum verschmutzten Bächen und Flüssen müßte nach Möglichkeit auf chemische Entkrautungs-mittel verzichtet werden. Es wäre gut, wenn bei einer Novellierung des Niedersächsischen Wassergesetzes solche Maßnahmen genehmigungspflichtig gemacht würden.

Die Schutzgemeinschaft Nordseeküste hat eine ausführliche Entschließung gefaßt zum Schutze des Wattenmeeres. Darin erhebt sie schwere Bedenken gegen das Hamburger Vorhaben, im Gebiet von Neuwerk und Scharhörn einen Schwerpunkt der metallurgischen und chemischen Großindustrie zu schaffen. Auch die Männer vom Morgenstern und die Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz Cuxhaven / Land Hadeln wenden sich scharf gegen diese Planung wegen der zu erwartenden Immissionen aller Art. Sie betonen, daß Reinheit von Luft, Watt und Wasser als Grundlage für einen blühenden Kurbetrieb entfallen würde. Das in Frage kommende Gebiet ist dem Staate Hamburg ursprünglich nur für die Anlage eines Vorhafens, nicht aber zur Ansiedlung von Industrie in dem jetzt bekannt gewordenen Umfang verkauft worden. Wir bitten das Land Niedersachsen, diese Proteste zu unterstützen; vor allem fordern wir mit den Protestierenden, das Wattengebiet zwischen Cuxhaven und Neuwerk zum Naturschutzgebiet zu erklären und das westlich angrenzende Watt zwischen Scharhörn und Berensch zum Naturschutzgebiet zu erheben und dem „Großen Knechtsand“ zuzuordnen.

Wir begrüßen, daß ein Landschaftsplan für den als internationales Feuchtgebiet anerkannten Dollart erarbeitet wird, müssen aber fordern, daß der Dollart schon jetzt sichergestellt werde, weil die Störungen der Vogelwelt in den letzten Jahren sehr stark zugenommen haben. Wir unterstützen auch die Bemühungen der Kreisgruppe Leer des Deutschen Bundes für Vogelschutz, im südlichen Teil des Dollart ein Natur- und Wildschutzgebiet einzurichten, das schon deswegen so dringend notwendig ist, weil das nordische Wasserwild vor 20 Jahren weitgehend aus dem Emsland und dem Leda-Jümme-Bereich verdrängt worden ist. Die ostfriesischen Feuchtgebiete am Kattdarm, am Hamm- Meer, Puddemeer, Twekmeer und Gretjemeer müssen unter Naturschutz gestellt werden. - Da mehrere Flächen stark gedüngt und umgebrochen worden sind, erwarten wir, daß das Hatshausener Feuchtgebiet unverzüglich sichergestellt werde, um weitere negative Beeinträchtigungen abzuwenden.

## **Feuchtgebiete**

## **Rote Liste**

## **Einbindung von Gewässern**

## **Chemische Entkrautungs-mittel**

## **Neuwerk und Scharhörn**

## **Dollart**

Die Elbmarsch zwischen Hörsten, Maschen und Stelle gehört zu den im Sinne des Naturschutzes besonders wertvollen Landschaften. Hier sind viele Pflanzen- und 126 Vogelarten vertreten. Wenigstens die beiden Seen in der Marsch müßten unter Naturschutz gestellt werden, zumal in den hier beim Autobahnbau entstandenen Baggerseen Bade- und Angelmöglichkeiten reichlich zur Verfügung stehen.

Mit der Ausweisung des Naturschutzgebietes „Emsaltwasser bei Vellage“, der sogenannten Tunxdorfer Schleife, mit Umgebung als internationales Feuchtgebiet sind Landschaftsteile von hohem natürlichem Wert für die Zukunft gesichert worden. Wir meinen jedoch, daß dieser Schutzbereich noch erweitert werden müsse.

Gegen den Bebauungsplan „Füchteler See“ im Oldenburger Münsterland haben wir Bedenken. Die vorliegenden Planungen greifen allzu tief in den Bestand einer Landschaft ein. Nach Auffassung unserer Sachverständigen könnte mit einem Bruchteil der veranschlagten Kosten diese schöne Erholungslandschaft so gestaltet werden, daß sie allen Ansprüchen genügt.

Wir wenden uns dem Jahrhundertbauwerk des Elbeseitenkanals zu, an dessen Planung und Bau sich so große Erwartungen, aber auch viele Bedenken geknüpft hatten. Daß er kurz nach seiner Fertigstellung Unglück über die Heidelandschaft bringen würde, konnte niemand erwarten, und wir wollen hoffen, daß sich in der Geschichte des Kanals solche Katastrophen nicht wiederholen werden. Diese Wasserstraße hat die bestehenden Verhältnisse stark beeinflusst: die historisch entwickelte Landeskultur und die Landschaft, die Wirtschaft sowie die Siedlungs- und Verkehrsstruktur. Schon bei den Vorplanungen hat das Land Niedersachsen gefordert, der Kanal solle nicht nur für die Schifffahrt, sondern auch für die Landwirtschaft, die Wirtschaft allgemein und für die Freizeitgestaltung genutzt werden können. Dem ist im ganzen auch entsprochen worden. Jetzt ist zu erkennen, daß die Einbindung weiter Kanalstrecken und der meisten Nebenanlagen überwiegend zufriedenstellend genannt werden kann. Es ist erfreulich, daß vier größere Baggerseen, nämlich bei Scharnebeck, Oldenstadt, Stüde und Isenbüttel, als Erholungsgebiete ausgebaut worden sind. Zwei Grundwasserseen konnten als Naturflächen hergerichtet werden. An einem differenziert gestalteten Baggersee strebt man eine kombinierte Lösung von Vogel Schutzgebiet und Erholungsnutzung an.

Dadurch, daß man 20 000 Bäume und Sträucher gesetzt hat, ist jetzt der Jastorfer See im Landkreise Uelzen zu einem neuen landschaftlichen Kleinod geworden, Dieses Gewässer mit einer Fläche vom 15 ha dient einmal der menschlichen Erholung als Badesee, in seinem Südwesten aber ist es für die vielfältige, manchmal schon bedrohte Tierwelt reserviert.

Es ist geradezu Mode geworden, private Fischteiche auch innerhalb von Schutzgebieten anzulegen. Daß im Einzelfalle Belange des Naturschutzes solchem Vorhaben entgegenstehen, wurde vom Verwaltungsgericht Braunschweig mit Urteil vom 3. Oktober 1975 bestätigt.

Das Hochmoor „Grundloser See“ bei Walsrode soll unter Naturschutz, die weitere Umgebung unter Landschaftsschutz gestellt werden.

Als gutes Beispiel können der Ankauf eines Elbealtarmes bei Brackede, Landkreis Lüneburg, durch den Bund für Vogelschutz, Hamburg, sowie von Bruchwaldflächen im Flurbereinigungsgebiet Lüchower Landgraben-Niederung durch den Landkreis Lüchow-Dannenberg genannt werden.

Im Rahmen des Fuhseausbaues soll unterhalb der Stadt Peine ein Regenwasser-rückhaltebecken errichtet werden. Dieses würde die natürlichen Tier- und Pflanzenbestände bedrohen, die sich im Barumer Moor befinden. Hier brüten zahlreiche Wasser- und Sumpfvogelarten, über die eine genaue Bestandsaufnahme 1934-1936 durch den Kreisheimatbund Peine und die Peiner biologische Arbeitsgemeinschaft vorgenommen worden ist. Es wäre günstiger, das Rückhaltebecken in die Wiesenniederung zwischen Peine und Gr. Ilsede zu verlegen.

Einen Nachweis für die sinnvolle Verbindung wasserbaulicher und landwirtschaftlicher Belange mit denen der Landespflege wird der zwischen den Ortsteilen Vörie und Ihme-Roloven von der Stadt Ronnenberg geplante Ausbau der Ihme bringen.

## **Elbmarsch**

## **Tunxdorfer Schleife**

## **Füchteler See**

## **Elbseitenkanal**

## **Fischteiche**

## **Vogelschutz**

## **Ausbau der Fuhse**

## **Ausbau der Ihme**

Im vorigen Jahre haben wir gefordert, in der **Grasdorfer und Laatzener Masch** ein Naturschutzgebiet zu schaffen. Hierfür liegen nun bei den Behörden ausgearbeitete Pläne vor. Wenn aber, wie jetzt zu befürchten ist, das Stauwehr der „Döhrener Wolle“ nicht erhalten bleibt, wäre es sinnlos, dieses Naturschutzgebiet zu schaffen, denn dann würde mit dem Wasserspiegel der Leine und der Alten Leine auch der Grundwasserstand in dem dazwischenliegenden Wiesengebiet absinken.

## **Grasdorfer und Laatzener Masch**

1975 haben wir einen verstärkten Schutz der nahe Hannover gelegenen **Auewälder** beantragt. Leider ist daraufhin gar nichts erfolgt.

## **Wunstorf**

In **Wunstorf** haben die Wasserwirtschaftler bei einer Veränderung des Bachlaufes der Südaue verantwortungsbewußt gehandelt und nach Einspruch einen aus den Karten nicht zu ersehenden alten Grenzwall gerettet.

Das **Steinhuder Meer** und sein Umland sind wertvolles Naturgebiet. Diese Landschaft wird aber durch Besucher und Anwohner so übermäßig in Anspruch genommen, daß der natürliche Regenerationsprozeß gefährdet ist. Deshalb fordern wir, daß sofort schwerpunktartig Ruhezone geschaffen werden.

## **Steinhuder Meer**

Die Stadt **Salzgitter** hat in jahrelangen Bemühungen eine fast baumlose Auenlandschaft für einen großen Freizeitraum mit einer bestimmenden großen Wasserfläche in seinem Kern gewonnen, die jetzt der Bevölkerung in Nähe und Ferne zugutekommt.

## **Salzgitter**

Wir haben immer wieder die Erhaltung der **Oberharzer Teiche und Gräben** gefordert und mahnend unsere Stimme erhoben, als im Frühjahr dieses Jahres ein Teil der Clausthaler Teiche leergelaufen war. Der Landwirtschaftsminister hat uns jetzt bestätigt, es sei durch eine Vereinbarung zwischen den Harzwasserwerken, der Preussag und dem Land gewährleistet, daß Teiche und Dammgrabensystem erhalten bleiben. Aus früheren Jahren haben wir die Zusicherung, daß die Forstverwaltung die übrigen Teiche, die das Landschaftsbild des Harzes wesentlich prägen, übernehmen und erhalten will. Beim geplanten Ausbau der Siebertalsperre müssen - es handelt sich um ein tief in die Landschaft eingreifendes wasserbauliches Vorhaben - die Belange der Landschaft und der Erholung auf jeden Fall beachtet werden. Da nun praktisch alle größeren Harzflüsse aufgestaut sind, fordern wir, daß die **Lonau und Lutter**, praktisch die letzten natürlichen Harzflüßchen, nicht auch noch dasselbe Schicksal erleiden.

## **Oberharzer Teiche und Gräben**

Nach dem Naturpark Harz ein Wort zum **Naturpark Münden**. Er ist nicht nur durch Kaufunger-, Reinhards- und Bramwald geprägt, sondern auch durch seine Flüsse. Einige Flußabschnitte, besonders der Fulda, sind sehr reizvoll und schützenswert. Dies müßte bei dem geplanten Ausbau der Fulda für die Schifffahrt zwischen Kassel und Hann. Münden auf jeden Fall beachtet werden.

## **Naturpark Münden**

Der **Landkreis Göttingen** hat den Hauptteil des Hochmoores Hühnerfeld erworben. Hier wird eine boden- und vegetationskundliche Kartierung durchgeführt, die dann die Grundlage für den zu erarbeitenden Pflegeplan sein soll. Die in ihm vorgeschlagenen Maßnahmen sollen dazu führen, daß die 52 ha große Fläche wieder ihren typischen Pflanzenbestand erhält.

## **Landkreis Göttingen**

Im vorigen Jahre hatten wir gesagt, daß sich bei der Interessenkollision um den **Seeburger See** kein Kompromiß schaffen lasse; eine klare Entscheidung sei erforderlich. Diese ist zu unserer Freude im Februar 1976 gefallen: Der Seeburger See, die mit ca 83 ha größte natürliche Wasserfläche des niedersächsischen Berglandes, die sich noch in naturnaher Verfassung befindet, ist endgültig zum Naturschutzgebiet erklärt worden.

## **Seeburger See**

Wir haben so manches Mal das mangelnde Verständnis der Wasserwirtschaftler gegenüber landespflegerischen Belangen beklagt, erkennen jetzt aber gerne an, daß inzwischen auf Anstoß der Landespflege ein **Umdenkungsprozeß** bei der Wasserwirtschaft stattfindet, und wir hoffen, daß die Ämter in ihren zukünftigen Planungen Zerstörungen von Biotopen zu vermeiden suchen.

## **Wasserwirtschaft**

So können wir aus der Arbeit des Wasserwirtschaftsamtes Aurich auf gute Beispiele hinweisen:

Die Planungen für den Ausbau des Knockster Tiefs,  
Ankaufs- und Entwässerungsmaßnahmen im Gebiet des „Großen Meeres“,  
Aufstellung eines modellhaften Landesentwicklungsplanes im Bereich des Boekze-  
teler Meeres,  
Erhaltung des Süderkolks bei St. Georgiwold,  
Erhaltung des „Schwarzen Meeres“ bei Marx und  
Erhaltung des Bagbander Tiefs als natürlicher Wasserlauf.

In erster Linie ist es der Einsicht des Landbesitzers zu verdanken, daß das „Schwarze Meer“ unter Schutz gestellt werden konnte. Wir sind der Ansicht, daß dieser, weil er auf die Nutzung seines Landes verzichtet hat, von Belastungen für die unter Schutz gestellten Flächen freigestellt werden sollte, nämlich von der Grundsteuer, aber auch von der Beitragspflicht für den Entwässerungsverband. Zur Zeit steht dem die Verbandssatzung entgegen, und wir meinen, diese müsse in dem Sinne geändert werden, daß Flächen, die gar nicht entwässert werden sollen, aus der Beitragspflicht herausgenommen werden müssen.

Bei dieser Gelegenheit fordern wir den vollkommenen Schutz für das Ewige Meer. Dies so empfindliche und einzigartige Naturschutzgebiet verträgt keinen Erholungsverkehr.

Seit langem geht der Streit darum, ob im Teufelsmoor ein großes Hochwasserrückhaltebecken gebaut werden soll. Der künstliche See und seine Umgebung sollen dann zu einem Naherholungsgebiet werden. Da, wie wir erfahren haben, das Projekt nicht einmal mehr den vollen Wünschen der Landwirtschaft entspricht, der es wohl lieber wäre, wenn die öffentliche Hand von Fall zu Fall hülfe, fragen wir, warum man eine große Summe in ein Objekt stecken soll, das die großartige ruhige Landschaft des Teufelsmoores umwandelt und jedenfalls nichts bessert. Daher bitten wir dringend, auf diesen Plan zu verzichten.

#### **Teufelsmoor**

Entgegen den Bestimmungen des Abfallbeseitigungsgesetzes wird überall die Landschaft nach wie vor durch wilde Müllablagerungen verschmutzt. Eine verstärkte Kontrolle ist dringend erforderlich. Wir freuen uns darüber, daß mehrere Landkreise beispielhafte Regelungen getroffen haben. So sind im Kreise Aschendorf-Hümmling in den Gemeinden Containerplätze eingerichtet worden. Dadurch wird ermöglicht, daß die bislang vorhandenen, unterschiedlich kontrollierten Müllkippen geschlossen und landschaftsgerecht rekultiviert werden. Containerplätze und zentrale Mülldeponie ergänzen einander gut.

#### **Wilde Müllablagerungen**

Man muß sich etwas einfallen lassen: Die Stadt Weener in Ostfriesland verfügt über eine etwa 180 ha große Weidefläche, die sogenannte Meentelände. Hier wurde von der Bevölkerung immer wieder wild Papier abgelagert. Deshalb unternahm die Stadt zusammen mit einer Papierfabrik und einem Altpapierhändler folgendes: In Abständen von 2 bis 3 Monaten wird die Öffentlichkeit aufgerufen, Altpapier bereitzustellen, das kostenlos abgefahren wird. Der Erlös aus dem Altpapier wird einem Fonds zugeführt, der bei der Stadt zugunsten eines anzulegenden Stadtwaldes gebildet worden ist. Für diesen ist auf der Meentelände eine Fläche von 20 ha gefunden worden, von der in diesem Jahre 6 ha bepflanzt worden sind.

#### **Weener**

Für Stadt- und Landkreis Göttingen wird z. Z. von einem hierfür besonders geeigneten Büro ein Landschaftsrahmenplan aufgestellt, der als Modell für das Land Niedersachsen gedacht ist.

#### **Göttingen**

Im Februar 1976 ist die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet Tonkuhle/Hausbäkniederung mit einer Größe von 462 ha - das größte von der Stadt Oldenburg ausgewiesene Landschaftsschutzgebiet - in Kraft getreten.

#### **Oldenburg**

Die großen Gesellschaften, die uns mit Erdgas, Öl und Elektrizität versorgen, brechen oft mit ihren Leitungen brutal in die Landschaft ein. Zurück bleiben dann Kahlschneisen durch die Wälder. Das brauchte nicht zu sein. Wenn auch unter den Leitungen aus Sicherheitsgründen hoher Baumwuchs nicht geduldet werden kann, so wäre es doch möglich, die Flächen in geeigneter Weise wieder zu bepflanzen. Man sollte das von den Gesellschaften im Genehmigungsverfahren fordern.

Daß bei gutem Willen Alternativen gefunden werden können, zeigt folgendes Beispiel:

Eine neue 380 kV-Leitung von Wahle über Mehrum nach Grohnde sollte im Kreis Alfeld einen Teil des Landschaftsschutzgebietes Osterwald/Saupark durchschneiden und dann an seinem Rande entlanggeführt werden. Die Trassenführung ist aufgrund der Einwendungen des Landkreises geändert, und so konnten das Landschaftsschutzgebiet und eine große Waldrandzone vor Verunstaltung bewahrt werden.

Den sechs großen Waldbränden im August 1975 sind im Regierungsbezirk Lüneburg etwa 7600 ha Wald zum Opfer gefallen. Damit der stark geschädigten Tier- und Pflanzenwelt eine gesicherte Lebensgrundlage geschaffen werden kann, ist eine Standortkartierung, auch für den Privatwald, durchgeführt worden; aus dieser soll sich nun eine Rahmenkonzeption entwickeln, um die großen Nadelwaldgebiete aufzulockern und ihre Struktur zu verbessern. In Bereichen, die nach sorgfältiger Prüfung wirklich nur Nadelholz tragen, müssen aber auf jeden Fall die Wald- und Wegeränder mit Laubböhlzern bepflanzt werden.

Es ist anzuerkennen, daß sich verschiedene Landkreise und auch Gemeinden in der Lüneburger Heide - so die Gemeinden Amelinghausen und Neuenkirchen wie die Kreise Lüneburg und Soltau - mit gutem Erfolg bemühen, Heideflächen wiederherzustellen und zu pflegen.

Wir sind der Auffassung, daß die Lüneburger Heide nur noch auf den dafür ausgewiesenen Truppenübungsplätzen militärisch genutzt werden darf. Mit großem Interesse beobachten wir neue Entwicklungen bei der Bemühung um die Befreiung der Lüneburger Heide von der seit 1945 außerhalb der Truppenübungsplätze praktizierten britischen Panzerausbildung. - Wir begrüßen es, daß die Landesregierung neue Schritte unternommen hat, um endlich zu erreichen, daß die Landnutzung durch verbündete Streitkräfte im ganzen Bundesgebiet nach den gleichen Maßstäben wie für die Bundeswehr einheitlich geregelt wird. Von britischer Seite im Raum Soltau/Lüneburg beanspruchte Sonderrechte, die noch aus der Besatzungszeit herrühren, müssen in ein ausgewogenes Gesamtkonzept eingeordnet und dadurch als Ausnahmerecht beseitigt werden. Auch wir halten es für eine nicht länger hinzunehmende Verletzung der Interessen des Umwelt- und Naturschutzes, wenn heute immer noch ein Drittel des Naturschutzparkes Lüneburger Heide und weitere Erholungsgebiete bei Schneverdingen, Behringen, Bispingen, Sodersdorf bis hin an die Stadtgrenze von Lüneburg in einer Größe von fast 35 000 ha ihrer ureigenen Bestimmung entzogen und militärischen Ausbildungsforderungen britischer Truppen ausgesetzt sind. - Die Zustimmung zu dem Abkommen, das diese britischen Forderungen regelt, ist 1961 unter den damals noch obwaltenden Vorbehaltsrechten der Alliierten dem Lande Niedersachsen abgenötigt worden. Es dürfte jedoch mit den heutigen Verhältnissen nicht mehr vereinbar sein, wenn z. B. allein im Naturschutzgebiet Lüneburger Heide ca. 4000 ha als „Rote Flächen“ immer noch besonders intensiv militärisch genutzt werden. - Wir hoffen, daß die jetzt anstehende Klage des Vereins Naturschutzpark e. V. auf Herausgabe der in seinem Eigentum stehenden Flächen alle zuständigen Instanzen zu einer grundsätzlichen Oberprüfung der jetzigen Situation veranlaßt. - Die Landesregierung bitten wir, alles zu tun, um im Raum Soltau/Lüneburg den hier empfindlich gestörten Ausgleich zwischen dem natürlichen Potential der Landschaft und den Ansprüchen der Gesellschaft endlich wiederherzustellen.

Im Regierungsbezirk Hannover sind seit dem letzten Jahre drei Naturschutzgebiete ausgewiesen worden. Zwölf weitere Landschaften sollen noch unter Schutz gestellt werden, darunter das Bockmer Holz, die Laatzener Teiche und der Meerbruch am Westufer des Steinhuder Meeres. Bis Ende des Jahres sollen die Naturschutzgebiete Rehburger Moor, Laatzener Teiche und das Oppenweher Moor ausgewiesen werden.

## **Fernleitungen in der Landschaft**

### **Landkreis Alfeld**

### **Regierungsbezirk Lüneburg**

### **Britische Panzer in der Lüneburger Heide**

### **Naturschutzgebiete**

Als bedeutsames geplantes Schutzgebiet sind die Meerbruchswiesen hervorzuheben, ein Randgebiet des Steinhuder Meeres, die in Zusammenarbeit mit der Wasserwirtschaft durch neue Deichanlagen vernäht und als Biotope für bedrohte Wat- und Wasservögel hergerichtet werden.

Im Landkreis Nienburg sind 1975 zwei Landschaftsschutzgebiete von zusammen 15 qkm Größe entstanden. - Im Regierungsbezirk Hannover sollen noch 8 weitere Gebiete unter Schutz gestellt werden.

Ähnlich wie in Hannover sieht es in den meisten übrigen Bezirken aus.

Das untere Leinetal zwischen Neustadt und Schwarmstedt ist Landschaftsschutzgebiet geworden. Sein Charakter ist weitgehend durch zahlreiche Hecken geprägt, die auch der Tierwelt als Schutz dienen. Seit 4-5 Jahren werden in diesem Gebiet immer mehr Hecken geredet, und damit wird das Landschaftsbild seiner Eigenart entkleidet, ohne daß seitens der Behörden genügend Notiz genommen und eingeschritten wird.

Im Osten Braunschweigs sind gewaltige Ölschiefervorkommen entdeckt worden. Kommt es zu ihrer wirtschaftlichen Ausbeutung, so wird sich die dortige Landschaft grundlegend ändern. Gerade hier befinden sich aber wertvolle Erholungs- und Naturgebiete. Immer haben wir davor gewarnt, durch einen Autobahnbau in diese Landschaft einzugreifen. Der Ölschieferabbau würde zu wesentlich einschneidenderen Änderungen führen. Deshalb fordern wir, wenn er unvermeidbar sein sollte, sehr frühzeitig alle Maßnahmen auch unter Gesichtspunkten der Landschaftspflege zu planen. Nur wenn es gelingt, die Umgebung des Tagebaus gesund zu erhalten, kann später angemessen rekultiviert werden.

Der Plan, Skilifte auf den Bruchberg zu bauen, den wir seit Jahren bekämpft haben, Bruchberg ist dadurch zu Fall gebracht worden, daß der niedersächsische Landwirtschaftsminister das benötigte Gelände nicht zu Verfügung gestellt hat. Wir freuen uns darüber.

Große Sorgen macht uns der Ith, der in Gefahr steht, zum guten Teil zerstört zu werden, und das ausgerechnet an einer Stelle, von der aus Rudorffs Gedanken eines Heimat- und Naturschutzes ihren Weg begannen. Die Gefahr besteht darin, daß erwogen wurde, einen Steinbruch zwischen Haus Harderode und dem Orte Lauenstein erheblich auszuweiten. Bei den in Frage kommenden Flächen am Osthang des Ith handelt es sich um Staatsforstbesitz, von dem kein Quadratmeter Boden für eine Vergrößerung des Steinbruches in östlicher Richtung freigegeben werden darf.

Westlich von Northeim liegen am Abhang der Weper die größten zusammenhängenden Halbtrockenrasenflächen Niedersachsens, deren besonderer Reiz in reichen Orchideenvorkommen besteht und die in Kürze unter Naturschutz gestellt werden sollen. Dieses wertvolle Gebiet wird von der Deutschen Orchideengesellschaft praktisch und wissenschaftlich betreut. Es ist aber dadurch gefährdet, daß in unmittelbarer Nähe eine große Wochenendhaussiedlung entstehen soll. Daher fordern wir dringend, daß dieses Baugelände zum geplanten Naturschutzgebiet hin wirksam abgegrenzt und in seiner Größe beschränkt wird.

In dem noch weitgehend naturnahen Niemetal zwischen Löwenhagen und Bursfelde soll eine Kläranlage gebaut werden. Das Tal ist ein beliebtes Wander- und Erholungsgebiet und würde durch die geplanten Bauarbeiten sowie durch die Kläranlage viel von seinem natürlichen Charakter verlieren.

Wir warnen überhaupt davor, in wertvollen Landschaftsteilen Deponien anzulegen; deshalb bleiben wir bei unserer immer wieder erhobenen Forderung, im Helstorfer Moor keinen Klärschlamm abzulagern.

Wir haben vorhin schon zum geplanten Kernkraftwerk in Altenbruch Stellung genommen und sagen jetzt zum Grundsätzlichen: 1975 hat die Schutzgemeinschaft Nordseeküste den Bundeskanzler in einem Schreiben um ein Moratorium für den Bau von Atomkraftwerken gebeten und gefordert, „dem Schutz der

### **Ölschiefervorkommen bei Braunschweig**

### **Skilift auf den Bruchberg**

### **Der Ith**

### **Orchideenvorkommen bei Northeim**

### **Niemetal**

### **Kernkraftwerke**

Bevölkerung vor möglichen Schäden absolute Priorität einzuräumen“. Aus dieser Initiative der Schutzgemeinschaft hat sich unseres Wissens keine ernsthafte Auseinandersetzung entwickelt, wie wir sie in der letzten Roten Mappe angeregt haben. Es muß aber bedacht werden, daß immer noch nicht bekannt ist, was sich bei Sabotage und Störungsfällen um ein Kernkraftwerk ereignen kann.

Inzwischen ist die 1. Ausbaustufe für das Kernkraftwerk Grohnde bei Hameln genehmigt worden, und wir nehmen von unserem Standpunkt aus noch einmal Stellung: Die für diese Anlage bestimmte Landschaft ist das Eingangstor zum Erholungs- und Feriengebiet Weserbergland; sie liegt am Rande des geplanten Naturparks „Weserbergland-Schaumburg-Hameln“. Ganz nahebei liegt Hameln, etwas weiter Bad Pyrmont. Der Gesamttraum Hameln-Pyrmont stellt einen hervorragenden Landschaftsbereich dar, in dem viele Menschen Erholung finden. - Der Großbau mit einem Abgaskamin von 160 m Höhe und zwei Beton-Kühltürmen mit den äußeren Ausmaßen von je 90 m Durchmesser und 140 m Höhe sowie die sonstigen Massivbauten wird hier einen geradezu landschaftszerstörenden Akzent setzen. Die Bauwerke werden die umgebenden Berghänge weit überragen; sie passen einfach nicht in die Harmonie dieser Mittelgebirgslandschaft.

Es ist geplant, eine Wiederaufbereitungsanlage für Kernbrennstoffe und eine Lagerungsstätte für radioaktiven Abfall in Niedersachsen einzurichten. Beide sollen in einem Areal zusammengefaßt werden. Damit ist die grundsätzliche Wahl des Standortes festgelegt: Die Einlagerung in einen Salzstock gilt bisher als sicherste Isolierung radioaktiven Abfalls. Uns erscheinen die Opfer an natürlichem Lebensraum, Erholungsgebieten, ökologisch noch gesunden Landschaften und an Wasservorrat zu hoch, und deshalb wenden wir uns gegen dieses Projekt. Auf alle Fälle meinen wir, nach Abschluß aller Untersuchungen müsse zunächst einmal die Bevölkerung umfassend aufgeklärt werden.

Nördlich der Wittekindsburg bei Osnabrück liegen mehrere Steinbrüche, die nicht mehr bearbeitet werden. Es wäre gut, wenn ein Buntsandstein- und Muschelkalkaufschluß nicht mit Müll und Unrat zugeschüttet würden. In der Nähe dieser Standorte tritt auch Keuper auf, so daß hier ein geologischer Lehrpfad eingerichtet werden könnte, der die gesamte Trias-Formation einschloesse.

In der Roten Mappe 1972 haben wir gefordert, bei der Beseitigung von Straßenbäumen, die aus Gründen der Verkehrssicherheit fallen müßten, behutsam vorzugehen. Damals ging es vor allem um Bäume, die zu dicht an der Straße standen. Jetzt werden bei Straßenverbreiterungen, vor allem in Ortslagen, ganze Baumreihen geopfert. Die Straßenbauer berufen sich auf Richtlinien, die Mindestbreiten für jede Straßenart vorschreiben. So werden oft nur im Interesse eines leichteren Verkehrsflusses alte Einzelbäume, Baumreihen und Gruppen, die den Charakter von Dörfern und Städten prägen, gefällt. Nur selten gelingt es aktiven Bürgern, die Straßenbauverwaltungen zu Kompromissen zu veranlassen.

Gegen den Plan, die K 226, die Vielstedter Straße, im Bereich von Hude in Oldenburg, als Autobahnzubringer so auszubauen, daß eines der landschaftlich schönsten Gebiete in Hude zerstört und etwa 200 Eichen und Buchen gefällt worden wären, hat sich die Aktionsgemeinschaft Hude mit einem bisher noch unbefriedigenden Teilerfolg gewandt. - In Worpswede konnte die Straßenbauverwaltung umgestimmt und dadurch eine Lindenallee gerettet werden. - In Celle hat eine Bürgerinitiative zur Erhaltung des Oberallergebietes aufgerufen, das durch den Plan einer Ostumgehungsstraße gefährdet ist. Auch wir sind der Meinung, die Stadt solle ein Sachverständigengutachten einholen und dieses neben der bisherigen Planung der Öffentlichkeit und dem Rat zur Entscheidung vorlegen. - Schon 1974 haben wir um Prüfung der Frage gebeten, ob diese Tangente nicht ein beträchtliches Stück nach Osten verschoben werden könne. Dort wäre sie schonender in die Landschaft einzufügen, und der Stadt blieben vermeidbare Schäden erspart.

Die jetzt vorliegende Planung für die wichtigsten Straßen im Bereich der Stadt Braunschweig ergibt das Bild eines perfekten Verkehrssystems. Da entscheidende Eingriffe in die Landschaft bevorstehen, die nicht rückgängig gemacht werden können, müssen Für und Wider durch die zuständigen Stellen sorgfältig abgewogen werden. Wir weisen darauf hin, daß die Straßenplanungen zu einem Teil in ersichtlichem Gegensatz zu Natur- und Land-

### **Lagerung von radioaktivem Abfall und Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen**

### **Osnabrück**

### **Straßenbäume**

### **Hude**

### **Worpswede Celle**

### **Braunschweig**

schaftsschutzplanungen stehen. So soll die Oker-Aue zweifach von einer Fernstraße durchschnitten werden, und ein Teil der Wabeniederung soll für eine Tangente in Anspruch genommen werden.

In den meisten Fällen bleiben die Bemühungen der Bürger um die Erhaltung von Bäumen noch ohne Erfolg. Die Anlieger werden in der Regel zu spät unterrichtet; das muß anders werden, damit die Möglichkeit zu einem Gespräch gegeben wird. Wir meinen, die Straßenbaubehörden sollten im Einzelfall auch einmal vom Regeldurchschnitt abweichen, wenn es darum geht, wertvolle Bäume zu erhalten; in dieser Forderung werden wir durch ein wegweisendes Urteil des Verwaltungsgerichtes Schleswig gestützt, in dem es u. a. heißt: „Die öffentlichen Belange des Immissionsschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere die Erhaltung alten Baumbestandes, können dazu zwingen, von der in den Richtlinien vorgeschriebenen Straßenbreite abzuweichen.“

Die Autobahn zwischen Emden und anderen Industriegebieten nützt dem Verkehr gut. Jetzt wird eine weitere nach Norddeich geplant, deren Trasse die weiträumigen landwirtschaftlich genutzten Meeden und Weiden zwischen dem Großen Meer und Wiegoldsbur durchschneidet und im Riepster Hammrich landwirtschaftlich besonders guten Boden in Anspruch nimmt. Hier sind die Niederungswiesen mit hohen Kosten aufgeschlickt worden. Seit einigen Jahren bringen die ersten flurbereinigten Flächen dreifache Erträge, und nun soll ein Autobahnabzweiger mitten hindurchgeführt werden. Auch der Zubringer von der Bundesstraße 210 würde nach der bisherigen Planung wertvolle Landschaftsteile zerstören. Das alles widerspricht landespflegerischen Belangen. Die Trasse im Ehetal ist ein Fremdkörper mit nachteiligen standortklimatischen Auswirkungen. Deshalb fordern wir eine Überprüfung der vorliegenden Pläne unter Berücksichtigung gegebener Alternativen.

Es ist geplant, die vierspurige Landstraße 10 in Wilhelmshaven unmittelbar an der Burg Kniphausen vorbei mitten durch eine Warfengruppe zu führen. Dadurch würde eine urtümlich gewachsene Marschlandschaft zerstört werden. Es wäre dagegen eine erträgliche Lösung, wenn - wie ursprünglich geplant - die L 10 etwa 200 m weiter westlich um die Warfengruppe herum und in einem ausreichenden Abstand von der Burg Kniphausen geführt würde.

Es darf nicht sein, daß Straßen nur deswegen gebaut oder ausgebaut werden, weil gerade günstige Förderungsmöglichkeiten aus zentralen Fonds bestehen. Oft steht der verkehrliche Nutzen solcher Straßen in keinem vernünftigen Verhältnis zu Aufwand und Schaden an Ruhezonen und Erholungsraum. Eigentlich sollte es selbstverständlich sein, daß jedem Aus- und Neubau von Straßen eine eingehende Kostennutzenanalyse vorangeht. Auf keinen Fall aber dürfen - wie das immer noch geschieht - alte, inzwischen genehmigte Planungen ausgeführt werden, denen neuere Erkenntnisse entgegenstehen.

Durch mancherlei Ursachen wird unsere Tierwelt gefährdet!

Im Stadtgebiet Nordenhams befindet sich eine Deponie für Feuchtabfälle der Preussag-Zinkhütte von etwa 9 ha Fläche, die eine Gefahr für einfallende Wasservögel darstellt. Wir erwarten von den verantwortlichen Stellen, daß die Gefährdung der Vögel weitgehend durch wirksame Maßnahmen beseitigt wird.

Naturschutzgebiete, und insbesondere Seevogelschutzgebiete, werden zunehmend durch tieffliegende Flugzeuge gestört, obwohl gewisse Mindesthöhen vorgeschrieben sind.

Die Beunruhigung des niedersächsischen Wattenmeeres durch Sportboote, u. a. auch in Naturschutzgebieten, hat an manchen Stellen einen Grad erreicht, der als kritisch bezeichnet werden muß. So ist z. B. der einzige bundesdeutsche Brutplatz des kontinentalen Kormorans, obwohl in einem Naturschutzgebiet gelegen, in den letzten Jahren immer wieder derartig gestört worden, daß der Bestand ständig abnimmt.

Die Erdkröte ist als geschützte Tierart ausgewiesen. In ihrer Laichzeit ziehen die Tiere auf bestimmten Pfaden zu ihren Laichgewässern und überqueren auch Hauptverkehrswege. Dabei finden nicht nur viele Tiere den Tod, sondern sie stellen auch eine Gefahr für den Kraftverkehr dar. Versuche haben gezeigt, daß die Tiere bei entsprechender Markierung bestimmte Durchlässe benutzen; deshalb meinen wir, die Straßenbauverwaltungen sollten

## **Autobahn nach Norddeich**

## **Wilhelmshaven**

## **Tierwelt**

## **Nordenham**

## **Tieffliegende Flugzeuge**

## **Sportboote**

## **Erdkröten**

bei Straßenausbauten, die von Laichzügen überquert werden, Durchlässe einbauen und Leitplanken zur Lenkung der Tiere anbringen.

Wir bedauern, daß der Herr Niedersächsische Landwirtschaftsminister die Diskussion über die Einstellung der Jagd auf die Waldschnepe und die Neuregelung der Jagdzeiten bis zur Novellierung des Bundesjagdgesetzes zurückgestellt hat. Wir weisen darauf hin, daß neben anderen vom Menschen ausgehenden Einflüssen auch die Bejagung zu dem unbestreitbaren Rückgang der Bestände geführt hat.

Inzwischen gibt es Sachgespräche zwischen Vertretern der Jagd und des Naturschutzes in Niedersachsen; wir meinen aber, man solle einen ständigen Rat von Fachleuten der Jagdwissenschaft, der Jagd selbst, des Naturschutzes und der wissenschaftlichen Ökologie einrichten.

Viele Sportfischer sind sicher Naturfreunde und -schützer. Wir halten es aber für unsere Pflicht, darauf hinzuweisen, daß die inzwischen sehr groß gewordene Zahl der Sportfischer zu einem ersten Problem im Naturschutz geworden ist. Eine saubere Trennung von Fischereiregionen und solchen Stellen, an denen die Gewässer völlig ungestört bleiben müssen, scheint uns unabdingbar zu sein.

Die private Aktion Wanderfalken- und Uhuschutz im Regierungsbezirk Hildesheim hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß in diesem Jahre zum ersten Mal seit etwa einem Jahrhundert wieder ein Uhu paar seine Jungen in Freiheit aufzieht.

Zum Schutze des Graureihers sind im Landkreise Göttingen mehrere Gewässerstrecken gepachtet worden, die dem Vogel einen ruhigen Ort zur Nahrungssuche gewährleisten.

Ein Landeplatz für Flugmodelle mit Verbrennungsmotoren in der Gemarkung Wipshausen im Landkreise Peine beeinträchtigt den Tier-, insbesondere den Greifvogelbestand im Raume Meerdorfer Holz und Ersetal.

Wenn wir über positive Beispiele aus dem Naturschutz berichten konnten, so ist das in vielen Fällen das besondere Verdienst der ehrenamtlichen Kreisbeauftragten und ihrer örtlichen Helfer. Auch die Heimatpflege kann auf deren Mitarbeit nicht verzichten. In einem neuen niedersächsischen Naturschutzgesetz muß auf jeden Fall die bewährte Institution des ehrenamtlichen Naturschutzbeauftragten erhalten bleiben. Für Großkreise muß die Möglichkeit geschaffen werden, mehrere örtlich zuständige Beauftragte einzusetzen. - Positive Beispiele sind der Großkreis Osnabrück und der Verband Großraum Hannover, wo sich der Einsatz mehrerer Kreisbeauftragter gut bewährt hat. Für die örtliche Instanz sollte man Heimatpfleger einsetzen. Auch die Einrichtung einer allgemeinen Naturschutzwacht nach bayerischem Muster müßte geprüft werden.

Wir kommen zum wichtigen Kapitel Baudenkmalpflege und begrüßen es außerordentlich, daß im vorjährigen Konjunkturförderungsprogramm erstmalig erhebliche Mittel für den Aus- und Umbau von Baudenkmalen aufgewendet werden konnten. Allerdings sind manche regionale Programme sehr schnell von heute auf morgen erstellt worden, so daß mehrere Objekte eher schlecht als recht vorgeplant werden konnten. - Wir erkennen gerne an, daß im Berichtsjahre Bundes-, Landes- und Spielbankmittel in erheblichem Umfange in die Baudenkmalpflege geflossen sind.

In den vergangenen Jahren haben uns immer wieder die Probleme beschäftigt, die das Städtebauförderungsgesetz für die wertvollen historischen Stadtkerne unseres Landes mit sich gebracht hat. Wir freuen uns darüber, daß bei einzelnen Sanierungen in wachsendem Maße Objekte gerettet werden. Grundsätzlich sollen ja nach Möglichkeit alte Stadtkerne vom fahrenden und ruhenden Verkehr freigehalten werden.

Da sich inzwischen Fußgängerzonen auch als wirtschaftlich positiv erwiesen haben, besteht Veranlassung, vor übertriebener Stilllegung von Stadtkernen zu warnen. Wir meinen, die Gemeinden sollten differenziert planen und die Möglichkeiten von verkehrsberuhigten und totalen Ruhezonen im Einzelfall gegeneinander abwägen. Eine übertriebene Ausstattung von Ruhezonen mit Blumenkästen, Beleuchtungskörpern, Vitrinen und so-

## **Jagdzeiten**

## **Sportfischer**

## **Wanderfalken und Uhus**

## **Graureiher**

## **Ehrenamtliche Kreisbeauftragte**

## **Baudenkmalpflege**

## **Städtebauförderungsgesetz**

## **Fußgängerzonen**

nanntem Straßenmobiliar kann die Eigenart unserer Städte gefährden.

Die Landesbauordnung hat zu unserer Freude die Möglichkeit geschaffen, mit Hilfe von **Ortssatzungen** einen positiven Gestaltungsschutz zu betreiben. Bei einzelnen Gemeinden bestanden noch viele Unklarheiten im Hinblick auf konkrete Bestimmungen solcher Satzungen, und so war es zu begrüßen, daß die Novellierungspflicht für bestehende Satzungen bis zum 31.12. dieses Jahres verlängert worden ist. Da die Gemeinden aber noch längere Zeit Schwierigkeiten haben werden, appellieren wir an die Verantwortlichen, die grundsätzlich positiv eingestellten Gemeinden nicht zu überfordern und die Novellierungspflicht weiter zu verlängern.

Eine Gesetzesinitiative des Bundesrates zur Erhaltung und Modernisierung von kulturhistorisch wertvollen Gebäuden im Rahmen der **Steuergesetzgebung** hat leider noch keinen Erfolg gehabt. Wir bitten die Landesregierung, sich für die Verabschiedung des Entwurfes in der kommenden Legislaturperiode einzusetzen.

Die Änderungsvorschläge des Niedersächsischen Heimatbundes zum Entwurf des **Denkmalschutzgesetzes** sind weitgehend berücksichtigt worden, Unsere Forderung nach der Rechtsverpflichtung des Landes, jährlich eine bestimmte Summe für den Denkmalschutz auszusetzen, ist leider nicht erfüllt worden. Wir haben jedoch mit Befriedigung erfahren, daß Herr Minister Dr. Remmers in seiner Haushaltsrede erklärt hat, das Gesetz werde noch in diesem Jahre eingebracht werden.

Der **Allgemeine Hannoversche Klosterfonds** ist durch die Sturmkatastrophe von 1972 und den Brand von 1975 übermäßig betroffen worden. Allein im Klosterforstamt Miele sind 50 % der Flächen, das sind etwa 3500 ha, verwüstet worden. Trotzdem hat die Klosterkammer selbst Baumaßnahmen zur Erhaltung denkmalwürdiger Gebäude im Werte von 2,35 Millionen DM durchgeführt. Daneben hat sie Zuschüsse in Höhe von 1 Million DM für denkmalpflegerische Maßnahmen Dritter bereitgestellt.

Die Klosterkammer begrüßt es mit uns, daß sich für die St. Blasius-Kapelle und die ehemalige Lateinschule in Northeim, die wir mehrmals in der Roten Mappe erwähnt haben, eine Lösung abzeichnet.

Große Sorge bereitet den Lüneburger Klöstern ihre Zukunft. Das Land ist verpflichtet, für die personellen und sachlichen Kosten, insbesondere auch für die Bauunterhaltung, aufzukommen, und wir hoffen, daß es dieser Verpflichtung in vollem Umfange nachkommen wird.

Der Arbeitsgemeinschaft „**Historische Fachwerkstädte**“, die nun über eineinhalb Jahre tätig ist, gehören mehr als 60 niedersächsische und hessische Städte an. In dieser Zeit sind zahlreiche wertvolle Gebäude restauriert und ganze Stadtteile modernisiert worden.

Die große Bedeutung von **Pflasterungen** mit kräftigem Relief im Bereich von Baudenkmalen wird von den niedersächsischen Städten zunehmend erkannt und von der staatlichen Baudenkmalpflege kräftig gefördert. Neupflasterungen in diesem Sinne sind 1976 in Bückeburg und in Lüneburg (hier vor dem Turm von St. Johannis) ausgeführt und in Obernkirchen geplant.

Unser Freund Professor Kulke verfaßt in Verbindung mit der Landwirtschaftskammer Weser-Ems und der Ostfriesischen Landschaft eine Broschüre, die Anregungen und Entwürfe zum Umbau des **Ostfriesenhauses** als zweitem Wohnsitz enthält. Diese Veröffentlichung soll, ebenso wie seine Publikation über die Rundlingshäuser im Hannoverschen Wendland, den Erwerb solcher Häuser die Möglichkeit geben, ihre Ferienwohnungen substanzschonend auszugestalten.

Die Erhaltung des historischen Ortsbildes von **Westgroßefehn** muß unbedingt im Zusammenhang mit der Erhaltung der Wasserbauwerke (Schleuse, Klappbrücken) gesehen werden, die der Ortschaft ihr charakteristisches Gepräge geben.

In **Leer** ist die Restaurierung der Haneburg, eines Renaissancebaues, durch den Landkreis nahezu vollendet. Das abbruchbedrohte Haus Baumann in Leer, ein stattliches Bürgerhaus der Barockzeit, konnte in letzter Minute mit Hilfe namhafter Zuschüsse des Landes und kommunaler Stellen gerettet werden.

## **Ortssatzungen**

## **Steuergesetzgebung**

## **Denkmalschutzgesetz**

## **Allgemeiner Hannoverscher Klosterfonds**

## **Lüneburger Klöster**

## **Historische Fachwerkstädte**

## **Pflasterungen**

## **Ostfriesenhaus**

## **Westgroßefehn**

## **Leer**

Das letzte Fischerhaus in **Baltrum** befindet sich leider in einem wenig erfreulichen Zustand; offenbar hat der Besitzer an seiner Erhaltung kein Interesse.

**Baltrum**

Das „Alte Fischerhaus“ auf **Spiekeroog** hingegen ist in seiner guten Beschaffenheit und seiner bau- sowie kulturgeschichtlichen Bedeutung durch ein Buch von Johannes Meyer-Deepen dokumentarisch festgehalten worden. Es hat die Konstruktion eines sogenannten Drievhuses, in dessen Dachstuhl die Hausbewohner bei Überschwemmungen flüchteten und nach Lösung der Bindungen an die rettende Küste trieben.

**Spiekeroog**

Das alte Amtshaus **Nienhaus** in Papenburg-Aschendorf aus dem Jahre 1332 ist von der Stadt mit Hilfe des Landkreises erworben worden. Es wird nun mit sehr hohen finanziellen Aufwendungen restauriert.

**Nienhaus**

Im Bereiche der Burg **Bederkesa** wurden gründliche bauhistorische Untersuchungen von Gebäude und Burghügel durchgeführt. Mit dem 1. Abschnitt des Burgausbaues zu einem Informationszentrum und Kreismuseum wird noch in diesem Jahre begonnen. Wir begrüßen es sehr, daß nun ein Wettbewerb für das Gesamtgelände ausgeschrieben worden ist.

**Bederkesa**

In **Verden** wird seit mehreren Jahren eine Sanierung der Altstadt vorbereitet. Wir sind froh darüber, daß man es aufgegeben hat, einen Ring über die Domstraße unmittelbar an dem Dom vorbeizuführen, und hoffen, entscheidende Beeinträchtigungen der Verdener Altstadt werden vermieden.

**Verden**

Seit längerer Zeit bemüht sich die Stadt **Lüneburg**, ein Gesamtkonzept zur Bewahrung des Senkungsgebietes vor der Michaeliskirche in der Lüneburger Altstadt zu finden. Inzwischen ist auch ein privater „Arbeitskreis Lüneburger Altstadt“ mit der Sanierung von besonders gefährdeten reizvollen Häusern der Altstadt beschäftigt. Hier zeigt sich beispielhaft die Liebe einer Gruppe von Bürgern zu ihrer Stadt.

**Lüneburg**

Ebenfalls in Lüneburg wird derzeit mit Mitteln aus dem Konjunkturprogramm ein seit langem nicht mehr nutzbares Gebäude, das „**Glockenhaus**“, mit großem Kostenaufwand restauriert und einer sinnvollen Nutzung zugeführt. In dieses Objekt sind erhebliche Mittel gemäß dem Städtebauförderungsgesetz geflossen.

Die **Johanniskirche** in Lüneburg ist seit dem Frühjahr 1976 frei von Baugerüsten. Die Rettung des stark gefährdeten Turmes der Kirche ist dank einer Zusammenarbeit von Stadt, Land, Bund und Kirche nun gelungen.

Wir wollen hoffen, daß die **Altstadtsanierung** in Lüneburg nicht aus finanziellen Gründen mehr oder weniger zum Erliegen kommt.

Der Landkreis Lüneburg hat das **Bleckeder Schloß** vom Lande Niedersachsen erworben. Hier sollen Einrichtungen der Kreisvolkshochschule und eine Jugendbildungsstätte untergebracht werden. Darüber hinaus soll das Schloß eine Stätte kultureller Begegnungen werden.

**Bleckede**

In **Lübeln** sind unter Verwendung historischer Bausubstanz ein Heimathaus und ein Handwerkerhaus im Sinne der Baudenkmalpflege ausgebaut worden. Das Gehöft trägt den Namen „**Wendlandhof**“. Diese Einrichtung hat zur spontanen Gründung eines plattdeutschen Theaterkreises geführt.

**Lübeln**

Der Rat der Stadt **Lüchow** hat im vergangenen Jahre eine Baugestaltungssatzung für das Rundlingsdorf Reetze, einen Ortsteil von Lüchow, erlassen.

**Lüchow**

Im Rahmen eines Modellversuches zur Förderung der kulturellen Infrastruktur in den Landkreisen Lüneburg, Lüchow-Dannenberg und Uelzen ist geplant, das Schloß **Holdenstedt** bei Uelzen wiederherzustellen. Hier soll in enger Zusammenarbeit mit den Heimvolkshochschulen Barendorf, Bleckede, Gohrde und Hermannsburg eine zentrale Institution zur wissenschaftlichen Begleitung der Volkshochschularbeit entstehen. Für die Restaurierung und Instandsetzung des Schlosses müßten Bundes- und Landesmittel eingesetzt werden. Stadt und Landkreis Uelzen sollten sich aber zum Erwerb des Schlosses entschließen.

**Holdenstedt**

Die Gutskapelle **Hodenberg** in Böhme, ein barocker Zentralbau aus dem Jahre 1716, ist mit Hilfe von Privaten, kirchlichen, Landes- und Kreismitteln restauriert worden.

**Hodenberg**

Der **Brümmerhof** bei Soltau mit seinem baugeschichtlich sehr bedeutsamen Zweistöckerhaus von 1644 ist in Gefahr. Aus betriebswirtschaftlichen Gründen wird die Erhaltung des stattlichen niederdeutschen Hallenhauses auf dem Hofe selbst kaum möglich sein. Wir hoffen, dass es gelingen wird, das Hauptgebäude mit den beiden Treppenspeichern zu versetzen, damit diese hervorragende Bausubstanz endgültig gerettet werden kann. Auf jeden Fall müssten aber die wesentlichen Bauteile erhalten bleiben.

**Brümmerhof**

Die Gemeinde **Schneverdingen** hat ihr ältestes Bauerngehöft gekauft. Die von jahrhundertalten Eichen umgebenen Gebäude werden nach der Renovierung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Hier wird eine heimatkundliche Sammlung untergebracht werden.

**Schneverdingen**

Zu unserer großen Freude macht die Altstadtsanierung in **Stade**, die 1973 mit der Bildung von Fußgängerzonen begonnen hatte, große Fortschritte. Seit 1974 ist der **Schweden-speicher** mit in das Sanierungsgebiet einbezogen worden; man hofft, dass er im Sommer 1977 fertiggestellt sein wird. Nach dem Beschluß des Rates der Stadt soll im Erdgeschoß ein Versammlungs- und Ausstellungsraum entstehen, während in den oberen Stockwerken Museumsgut untergebracht werden wird. Besonders erfreulich ist die behutsame Art, mit der bei dieser Stadtsanierung vorgegangen wird. Wir hoffen, dass in ihrem weiteren Verlauf die Wallanlagen mit äußerster Schonung behandelt werden.

**Stade**

Um das Ortsbild von **York** im Alten Lande vor Zerstörung und den mit erheblichen öffentlichen Mitteln restaurierten „Harenschen Hof“ vor der Isolierung zu bewahren, sollte man sich zur Schaffung einer Ortsumgebung entschließen.

**York**

Durch die Sanierung des mittelalterlichen Stadtquartiers „Heger-Tor-Viertel“ in **Osnabrück** soll versucht werden, Stadtgeschichte erlebbar und attraktiv zu machen.

**Osnabrück**

Die Restaurierung des aus dem 14.-16. Jahrhundert stammenden „Ledehofes“ ist in diesem Sommer vollendet worden. Das Gebäude ist wegen seiner künstlerischen Qualität und seiner bautechnischen Ausführung von besonderer Bedeutung.

In Osnabrück entsteht ein Denkmalpflegeplan, der hoffentlich zur Grundlage der Stadtplanung im weitesten Sinne wird.

Von den vielen **Steinwerken** im Osnabrücker Land sind nur noch wenige vorhanden. Um so notwendiger ist der Einsatz für die Erhaltung dieser Baudenkmale. In Hasendorf und Ankum zeichnen sich Erfolge ab. Durch Bemühungen des Heimatbundes Osnabrücker Land ist es außerdem gelungen, im Zuge der Osnabrücker Flächensanierung mehrere Steinwerke und andere Baudenkmale zu retten.

Das Schloß **Fürstenau** bei Osnabrück ist überwiegend aus Mitteln des Konjunkturprogramms erneuert und umgebaut worden. In den Bau wird die Verwaltung der Samtgemeinde Fürstenau einziehen. Bei dieser Anlage handelt es sich um ein wichtiges historisches Ortsbild, und wir hoffen sehr, dass nun auch die Bastionen und Nebengebäude restauriert werden.

**Fürstenau**

Die **Diepholzer Münze** ist ein alter Burgmannssitz im heutigen Müntepark gegenüber dem Diepholzer Schloß. Seit Jahren wird vor allem seitens der Bürgerinitiative Münze e.V. um die Erhaltung des Fachwerkbauwerks von 1635 gerungen. Erfreulicherweise hat der Rat der Stadt seinen früheren Abbruchbeschluß ausgesetzt, um alle Möglichkeiten einer Wiederinstandsetzung auszuschöpfen. Obwohl noch erhebliche Schwierigkeiten bestehen, vor allem was die Nutzung des Hauses anbelangt, hoffen wir doch, dass es zu einer Restaurierung des bedeutsamen Bauwerkes kommen wird. Das Land hat bereits einen erheblichen Zuschuß zur Verfügung gestellt.

**Diepholz**

Der Posthof in **Nienburg** konnte durch Einsatz erheblicher Landesmittel gerettet und der Kreis- und Stadtbücherei zur Verfügung gestellt werden.

**Nienburg**

In Neustadt am Rübenberge wird immer noch um die Erhaltung der alten Zehntscheune gekämpft. Wir meinen, daß es doch möglich sein müßte, sie zu retten.

**Neustadt**

Der Döhrener Turm in Hannover, ein aus dem 14. Jahrhundert stammender Wachturm, ist auf Kosten einer Bürgerin, der die Stadt den Turm auf 20 Jahre überlassen hat, vollständig wiederhergestellt, ausgebaut und einer sinnvollen Nutzung zugeführt worden.

**Hannover**

Noch immer steht in Hannover am Ufer der Leine der leere Sockel, der einmal vorübergehend das Ernst-August-Denkmal aufgenommen hat. Wir würden es begrüßen, wenn ein Künstler von Rang den Auftrag erhielte, für diesen Untersatz eine moderne Konzeption des niedersächsischen Wappentieres zu schaffen.

Bei dieser Gelegenheit erinnern wir an unsere Anregung des letzten Jahres zum Stichwort „Umgebung des Leineschlusses“.

Seit Mai dieses Jahres prangt auf dem Dach des hannoverschen Hauptbahnhofes ein Plakat mit den Buchstaben „DB“, das das wieder in seinen ursprünglichen Zustand versetzte Dach und das Gebäude verunstaltet. Gar nichts wäre hier mehr gewesen.

Fast alle alten Arbeiterkolonien in der Landeshauptstadt sind verschwunden. Jetzt sollte wenigstens der „Döhrener Jammer“, der eng mit der Geschichte dieses Stadtteils verbunden ist, erhalten bleiben.

Wir setzen uns auch dafür ein, daß das Leibnizhaus wiedererrichtet wird, obwohl wir wissen, daß es sich dabei nicht um eine Angelegenheit der Baudenkmalpflege handelt. Das Bild der hannoverschen Altstadt würde aber durch den Wiederaufbau einen wichtigen Akzent erhalten.

Wir freuen uns darüber, daß die Bundesbahn ihr Verwaltungsgebäude in der Lavesstraße neu hat streichen lassen, und zwar auch die Rückfront zur Bahn hin. Wir meinen, daß die Rückseiten anderer Häuser zur Eisenbahn einmal überholt werden müßten, denn auch aus dieser Perspektive wird eine Stadt sehr genau betrachtet.

Gut gelungen ist der Bau des „Hauses kirchlicher Dienste“ in Braunschweig. Die Landeskirche hat das ehemalige Amtshaus im Stil eines ländlichen barocken Gutshauses durch einen Neubau ersetzt und dabei die Baluster der alten Barocktreppe und eine barocke Kaminverkleidung wieder verwendet.

**Braunschweig**

Die Sicherung der hochwertigen Bausubstanz des 1127 gegründeten ehemaligen Zisterzienserklosters Walkenried ist ein besonderes Anliegen der Denkmalpfleger. Wir hoffen, daß auch die Reste der Klosterkirche gesichert werden.

**Walkenried**

Das Gebäude der ehemaligen Fayence-Manufaktur in Wrisbergholzen, Landkreis Alfeld, ist eines der seltenen erhaltenen Beispiele eines frühen Fabrikbaues. Wir hoffen, daß die staatliche Denkmalpflege dem Eigentümer helfen wird, dringend erforderliche Sicherungsarbeiten durchzuführen. Dabei sollte an eine sinnvolle Nutzung des Bauwerkes gedacht werden.

**Wrisbergholzen**

Wie im Jahre 1975 veranstaltet die Stadt Hildesheim zusammen mit der Malerinnung, der Stadtparkasse und dem Haus- und Grundeigentümergeverein wieder einen Fassadenwettbewerb. Zu den preisgekrönten Objekten des vergangenen Jahres gehörten in erfreulichem Umfange Fassaden denkmalgeschützter Bauten.

**Hildesheim**

Für die Sicherungsarbeiten am Gotischen Fachwerkhäuser fließen sowohl Landes- als auch städtische Mittel. Durch den Ausbau der in das Roemer-Pelizaeus-Museum einbezogenen Martinikirche werden die heimatkundlichen Sammlungen des städtischen Museums in größerem Umfange präsentiert werden können. Außerdem unterstützen wir dringend die Bestrebungen, neben der Erhaltung der ehemaligen Dominikanerkirche St. Paul die klassizistischen Gebäude auf dem Sültegelände wenigstens teilweise zu erhalten und einer neuen Nutzung zuzuführen.

Die historischen Gebäude in der Gandersheimer Innenstadt, insbesondere aber die Stiftskirche, sind durch die Erschütterungen des Straßenverkehrs besonders gefährdet. Um schwerste Schäden zu verhindern, müßte der vorgesehene Bau einer Umgehungsstraße, nämlich der Bundesstraße 64, sehr bald durchgeführt werden.

## **Gandersheim**

Für die Erhaltung der ehemaligen Klosterkirche Brunshausen und des früheren Sommerschlosses der Äbtissin muß unbedingt etwas getan werden. Die große gotische Hallenkirche von 1430 ist z. Z. ungenutzt. Im ehemaligen Sommerschloß aus dem Anfang des 18. Jahrhunderts sind noch Fresken aus der Barockzeit erhalten. Beide Gebäude gehören dem Lande Niedersachsen.

In Salzgitter ist das Kniestedter Gutshaus von 1533 in den bisherigen Kurpark von Salzgitter-Bad umgesetzt worden. Straßenbauplanungen hatten den Abriß des Gebäudes erforderlich gemacht. Für das Haus, das seit Jahren leer stand, ist eine doppelte Nutzung gefunden worden: Im Erdgeschoß werden eine Altenbegegnungsstätte und im Obergeschoß das Musikschulwerk untergebracht. Das mit erheblichen Zuschüssen von Bund und Land durchgeführte Werk hat in der Bevölkerung große Zustimmung hervorgerufen. Auch hier sind Mittel aus dem Konjunkturprogramm eingesetzt worden.

## **Salzgitter**

Der Förderkeis Wilhelm - Busch - Gedenkstätten hat eine großzügige Renovierung der Wilhelm-Busch-Mühle in Ebergötzen erreicht. Mit dem Ankauf des alten Pfarrhauses in diesem Ort durch die Gemeinde ist nun auch die zweite Busch -Erinnerungsstätte Ebergötzens gesichert.

## **Ebergötzen**

Im Landkreis Göttingen sind außerdem der Wehrturmturm in Sattenhausen, den wir vor einem Jahr schon erwähnt haben, und der Turm der Wasserburg Radolfshausen gesichert worden.

## **Sattenhausen-Radolfshausen**

Hier beginnt man auch mit einer großangelegten Dokumentation aller Baudenkmale des Landkreises.

Wir hoffen sehr, daß es gelingen möge, die vom Verfall bedrohte Burg Sichelstein, die einzige welfische Wehranlage im Kaufunger Wald, zu erhalten. Hierzu bedürfte es aber erheblicher Mittel von Land und Bund.

## **Sichelstein**

Die Stadt Münden berichtet über modellhafte Restaurierungen kulturhistorisch wichtiger Baudenkmale, die nach langer Vorbereitung entweder begonnen worden sind oder kurz vor der Vollendung stehen. Auch hier werden erfreulicherweise Mittel aus dem Konjunkturprogramm eingesetzt. - Das historische Rathaus der Stadt wird jetzt restauriert, ebenso nach langen Jahren der Unsicherheit mit bedeutendem Landeszuschuß der sogenannte „Ochsenkopf“, der gute Nutzungsmöglichkeiten zuläßt.

## **Münden**

In zwei Sanierungsgebieten Mündens werden zwölf Modernisierungsmaßnahmen in historischen Gebäuden durchgeführt.

An diesen Beispielen hat sich erwiesen, wie lohnend es ist, in historisch geprägten Sanierungsgebieten die „Abrißprojekte“ gründlich zu analysieren und Planungsalternativen zu entwickeln.

In Lamspringe ist die aus dem 17. Jahrhundert stammende Wassermühle mit Hilfe öffentlicher Mittel und großzügiger Spenden völlig wiederhergestellt worden. Sie stellt mit ihrem in Betrieb befindlichen Wasserrad eine historische Sehenswürdigkeit dar.

## **Lamspringe**

Der Engelbrechtensche Hof von 1590 in der Stadt Gronau soll kulturellen Zwecken des Gronauer Bereiches dienen. Die Stadt hat umfangreiche Restaurierungsarbeiten vorbereitet, bedarf aber weiter finanzieller Unterstützung.

## **Gronau**

Für die auf dem Friedhof Banteln stehende Feldberger Kapelle ist eine Rettungsmaßnahme dringend geboten.

## **Banteln**

Die Schloßkirche St. Jacobi in Osterode a. Harz, die als Musikkirche des Südharzes bezeichnet wird, ist gründlich renoviert worden.

## **Osterode**

Die von uns schon mehrfach genannte Schachtrupp-Villa in Osterode a. Harz ist mit Hilfe von Spenden Einzelner und mit Zuschüssen von Stadt, Landkreis und Land/Bund vollkommen wiederhergerichtet worden.

## **Schachtrupp-Villa**

Der Geschichts- und Museumsverein Buchholz bemüht sich um die Wiederherstellung der Holmer Mühle, einer unterschlägigen Wassermühle in Fachwerkbauweise von 1758. Das Bauwerk prägt das Ortsbild in besonderer Weise und ist Teil eines größeren Landschaftsensembles (Kapelle aus dem 17. Jahrhundert, Gutshof, Gutspark und Wald-Seeve-Gebiet). Die Mühle könnte sinnvoll als Heimatmuseum genutzt werden.

## **Buchholz**

Bodendenkmalpflege Ganz große Sorgen macht uns die Bodendenkmalpflege, die sich bei uns in Niedersachsen in mehr als schwieriger Lage befindet. Als geradezu besorgniserregend muß die Belastung der Archäologen in den Dezernaten Denkmalpflege der Regierungs- und Verwaltungsbezirke bezeichnet werden. Das gilt vor allem für Lüneburg und Oldenburg, wo jeweils von einem Wissenschaftler und einem Techniker die archäologische Denkmalpflege in einem Bereich, der das Gebiet von zwei oder sogar drei Bezirken umfaßt, wahrgenommen werden muß. Die Situation ist insbesondere durch die intensivere Beteiligung der Bodendenkmalpflege an allen Planungsmaßnahmen seit der Neuorganisation entstanden. Hierzu kommt die durch Sturm- und Brandschäden gestiegene Arbeitsbelastung. Die Bemühungen des Landesverwaltungsamtes, helfend einzuspringen, können nur teilweise gelingen, denn dort gibt es nur drei Mitarbeiter des höheren! Dienstes. Wegen des bestehenden Personalmangels muß die staatliche Bodendenkmalpflege auf wichtige planmäßige Forschungsvorhaben verzichten, obwohl diese gerade zu den wesentlichen Aufgaben der zentralen Fachstelle im Landesverwaltungsamt gehören, die u. a. die Konservierung und Restaurierung der bei vielen denkmalpflegerischen Arbeiten im Lande geborgenen Funde durchzuführen hat.

## **Bodendenkmalpflege**

Wir erkennen gerne an, daß besonders im vergangenen Berichtsjahr durch die Bereitstellung von Spielbankmitteln sehr viele archäologische Maßnahmen durchgeführt werden konnten, aber wir meinen, daß eine Aufbesserung der Mittel im Landeshaushalt eine weit sicherere Arbeitsbasis ergeben würde. Immerhin ist es möglich gewesen, Rettungsgrabungen im größeren Umfang durchzuführen und zu planen, den technischen Ausbau der Dezernate voranzutreiben und die Öffentlichkeitsarbeit zu intensivieren. Es gibt inzwischen ein breit gefächertes Schrifttum, wirkungsvolle Beschilderungen an Einzeldenkmälern und an Gruppen und eine Anzahl von Lehrpfaden. Über das Geschehene hinaus muß aber in der Öffentlichkeit vermehrt für die Belange der Bodendenkmalpflege geworben werden. Wir vermerken dankbar, daß sich die archäologische Denkmalpflege der Mithilfe einer großen Zahl freiwilliger, ehrenamtlich tätiger Mitarbeiter erfreut. Doch reicht deren Zahl bei weitem nicht an Vergleichszahlen in benachbarten Bundesländern heran, und die staatlichen Stellen bemühen sich daher ständig, noch mehr, besonders jüngere Menschen zur Mitarbeit zu gewinnen. Tatkräftige Unterstützung erfährt die Archäologie auch durch zahlreiche Kreis- und Gemeindeverwaltungen; in diesem Zusammenhange regen wir nochmals an, in den Landkreisen Planstellen für Archäologen zu schaffen. Die Bodendenkmalpflege in unserem Lande fürchtet um den Bestand des größten Teils ihrer Denkmale. Deshalb sprechen wir auch den Wunsch aus, das Denkmalschutzgesetz möge bald in Kraft treten, da es für die Archäologie von großer Bedeutung ist, denn die Schutzbestimmungen der Niedersächsischen Bauordnung decken diesen Bereich nur teilweise ab.

Im Frühjahr 1976 ist bei Ödlandkultivierungen der altsächsische Urnenfriedhof von Gudendorf, jetzt Stadt Cuxhaven, größtenteils zerstört worden. In Zusammenarbeit mit einem Studienlager der „Niederländischen archäologischen Werkgemeinschaft“, das sind begeisterte holländische Amateurarchäologen, wird nun der erhaltene Rest ausgegraben. Wir danken dieser Werkgemeinschaft dafür, daß sie nun schon zum zweiten Male in Niedersachsen so erfolgreich archäologische Arbeit betrieben hat.

## **Gudendorf**

Der in der Gemarkung **Uthlede** im Landkreis Wesermünde gelegene Hünenberg wird für den Autobahnbau abgetragen. Die Notausgrabung von zwei ausgedehnten Siedlungsplätzen der Bronzezeit und der römischen Kaiserzeit sowie weiterer Fundstellen muß unter großem Zeitdruck durchgeführt werden. Auch diese Ausgrabung ist nur durch die Bereitstellung von Sondermitteln aus der Spielbankenabgabe ermöglicht worden.

## **Uthlede**

In den **Waldbrandgebieten** der Landkreise Celle und Lüchow-Dannenberg kann die archäologische Landesaufnahme durchgeführt, und Bodendenkmale können gesichert werden. Diese Maßnahmen sind inzwischen auf die sturmgeschädigten Waldgebiete ausgedehnt worden, nachdem bei Rodungsarbeiten zahlreiche Grabhügel beschädigt worden waren.

## **Waldbrandgebiete**

Die Planung einer Erdgasleitung von **Bremerhaven** nach **Cuxhaven**, ostwärts der im Bau befindlichen Autobahn, verläuft durch eine Vielzahl archäologischer Denkmale und Fundstellen. Durch die Beteiligung der Denkmalpflege ist erreicht worden, daß sämtliche Bodendenkmale von der Gasleitung umgangen werden.

## **Autobahn Bremerhaven – Cuxhaven**

Auf Anregung des Bezirksarchäologen ist im Landkreis **Fallingb. Steil** eine archäologische Arbeitsgemeinschaft gegründet worden, die sich für die vollständige Kontrolle der Bodendenkmale im Kreisgebiet einsetzt und sich außerdem um die Schaffung der Planstelle eines Kreisarchäologen bemüht.

## **Fallingb. Steil**

Überall in den **Marschen** gibt es Altdeiche und wüste Warfen, deren Erdmasse oft für die Auffüllung von Senken, Gräben und toten Gewässerarmen verwendet wird. Das darf aber nicht ohne rechtzeitige Benachrichtigung der Bodendenkmalpflege geschehen. Die Ostfriesische Landschaft hat in vorbildlicher Weise den betroffenen Behörden, Gemeinden und Meliorationsverbänden Karten mit Eintragungen der Altdeiche und Warfen zugeschickt und außerdem die Vertreter der genannten Stellen in einer größeren Versammlung im Landschaftshaus zu Aurich aufgeklärt.

## **Altdeiche und wüste Warfen**

In den vergangenen Jahren wurde im Wolfsburger Ortsteil **Nordsteimke** eine vorgeschichtliche Grabanlage durch die Stadt Wolfsburg mit erheblichen Kosten wiederaufgebaut.

## **Wolfsburg**

Sorgen machen uns nach wie vor unsere Museen :

## **Museen**

Wir haben uns immer wieder darüber gefreut, daß seit langem mit großem Engagement viel ehrenamtliche Arbeit in den Heimatmuseen geleistet worden ist. Wir wissen aber ebenso genau, daß man die ehrenamtlich tätigen Idealisten nicht allein lassen darf. Wir wünschen daher dringend, daß die zuständigen Kommunen und Landkreise sich maßgeblich an den Personalkosten für hauptamtliche Museumsleiter und Helfer beteiligen und auch die Sachkosten für die Unterhaltung und Verwaltung übernehmen. In vielen Fällen ist das in unserem Lande bereits geschehen.

Es muß deutlich betont werden: **Geschichtsverständnis** wird in einem Volke und beim einzelnen nur dann geweckt, wenn Landes- und Regionalgeschichte sorgfältig gepflegt werden. Dabei ist den Museen ein besonderes Aufgabengebiet zugewiesen, denn hier kann die Geschichte für den Menschen einen Wirklichkeitsbezug gewinnen.

In vielen kleinen Museen wird das **urgeschichtliche Fundgut** immer noch nicht richtig gepflegt. Zwar ist in den letzten Jahren versucht worden, durch gezielte Restaurierungen besonders gefährdeter Objekte helfend einzugreifen, aber es sei noch einmal ausdrücklich gesagt, daß eine sachgerechte Behandlung archäologischen Fundgutes bei verhältnismäßig geringem Kostenaufwand im Dezernat Denkmalpflege des Landesverwaltungsamtes möglich ist.

Das mit so viel Liebe und Sachverständnis wiederaufgebaute **Rotenburger Heimatmuseum** ist schon wieder einer Brandstiftung zum Opfer gefallen. Die Rotenburger wollen mit ungebrochenem Mut zum dritten Male aufbauen, und wir hoffen dringend, daß

## **Rotenburg**

ihnen von allen Seiten, auch aus den öffentlichen Kassen, Hilfe zuteil werden wird.

Der „Heimatverein in Scheeßel“ besitzt auf seinem Heimathausgelände eine größere Anzahl hervorragender historischer Bauten. Im vergangenen Jahre hat er in einem nahegelegenen ehemaligen Kornspeicher eine Blaudruckwerkstatt in Betrieb genommen. Dort befindet sich eine Dreschscheune, die in diesem Sommer mit einer Ausstellung von Werken des Malers Ernst Müller-Scheeßel eröffnet worden ist.

**Scheeßel**

Das im alten Rathaus der Stadt Norden untergebrachte Heimatmuseum ist umgebaut und in mühevoller Arbeit neu eingerichtet worden, so daß es nun außen und innen eine bedeutende Sehenswürdigkeit darstellt.

**Norden**

Wir verfolgen mit Interesse die Arbeit des „Landschafts-, Heimat- und Verkehrsverbandes Eichsfeld“, dem die 30 Eichsfeldgemeinden diesseits der deutsch-deutschen Grenze angehören.

**Eichsfeld**

Die erfolgreiche Arbeit des „Freundeskreises Fischerhude“ sehen wir mit Genugtuung. Diese Arbeitsgemeinschaft ist dabei, die Einmaligkeit Fischerhudes zu bewahren, und es ist ihr gelungen, für diesen Zweck ganz erhebliche Geldmittel aufzubringen.

**Fischerhude**

Eine niederländisch-deutsche Arbeitsgemeinschaft, getragen von der Reichsuniversität und dem Reichsarchiv Groningen sowie der Ostfriesischen Landschaft, inventarisiert die jüdischen Grabsteine im Gebiet beiderseits der Grenze.

**Jüdische Grabsteine**

Wir haben im letzten Jahre gesagt: Wer einen lebendigen sprachlichen Besitz aus Nützlichkeitsbetrachtungen oder aus Bequemlichkeit aufgibt, der sägt an dem kulturellen Ast, auf dem er sitzt, und: zeitgemäß ist eine jede gewachsene Sprache, die noch am Leben ist. Wir freuen uns ganz besonders, jetzt sagen zu können: „Plattdütsch is wedder in.“

**Plattddeutsch**

Die Tatsache, daß unser Niederdeutsch nun eine gut funktionierende Zentralstelle hat, kann gar nicht hoch genug bewertet werden: Das von Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen entscheidend geförderte Institut für niederdeutsche Sprache entfaltet eine rege Sammel-, Auskunfts- und Beratungstätigkeit; es bemüht sich ständig, zu informieren und anzuregen. - Regelmäßig erscheinen Veranstaltungskalender, Pressedienst für Niederdeutsches und (alljährlich) eine „Plattdutsche Bibliographie“. Daneben gibt es eine Reihe bedeutsamer und fördernder Einzelpublikationen. Auch ein Band mit plattdutschen Predigten, von der Arbeitsgemeinschaft plattdutscher Pastoren in Niedersachsen vorbereitet, befindet sich in Arbeit, sowie eine Sammlung unter dem Titel „Niederdeutsch heute“, in der sich bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens neben solchen äußern, die am Plattdeutschen und für das Plattdeutsche wirken. Ein handliches niederdeutsches Wörterbuch sowie eine kurze sprachgeschichtliche Darstellung und eine Sammlung von Texten und Melodien alter Lieder sind geplant.

**Institut für  
niederdeutsche Sprache**

Im Rahmen der Institutsarbeit werden Diskussionen mit Autoren, Regisseuren, Redakteuren, Schülern, Lehrern und Professoren durchgeführt. Für die Arbeit in Volkshochschulen sind Kursprogramme entwickelt worden.

Die Arbeit des Instituts erweist, daß plattdutsche Sprache und Literatur in der norddeutschen Bevölkerung lebendiger sind, als gemeinhin angenommen wird. Nach einem ausgiebigen Gedankenaustausch mit dem Bremer Institut bereitet nun das NDR-Fernsehen eine regelmäßige Magazinsendung über Niederdeutsches vor, sogar mit plattdutscher Moderation. So dürfen wir den Spruch „Ick Snack Platt - Du ok?“, den die Bremer auf inzwischen 25 000 Autoaufklebern verbreitet haben, durchaus als wohlgemute, ein wenig augenzwinkernde Aufforderung verstehen.

Wir begrüßen es, daß das Land Niedersachsen an der Universität Oldenburg einen Lehrstuhl für Niederlandistik eingerichtet hat, der selbstverständlich auch das Niederdeutsche vertritt.

**Oldenburg**

Die „Niedersächsische Arbeitsgemeinschaft plattdeutscher Pastoren“ hat die Vergabe eines Lehrauftrages für Verkündigung in plattdeutscher Sprache an der Theologischen Fakultät Göttingen beantragt. Angesichts der großartigen niederdeutschen Aktivitäten in den Kirchen hoffen wir, daß diesem Antrage stattgegeben wird.

**Göttingen**

Am 20. Juni 1976 hat zum ersten Male in den Kirchen Niedersachsens, Schleswig-Holsteins und Hamburgs der „Plattdütsche Sünndag“ stattgefunden. Das war ein erneuter Beweis dafür, daß das Plattdeutsche in der kirchlichen Arbeit heute einen festen Platz hat.

**Plattdütscher Sünndag**

Seit Anfang 1976 ist der Lehrstuhl für niederdeutsche Sprache und Literatur in Göttingen wieder besetzt worden. Nachfolger von Prof. Wesche ist Prof. Stellmacher aus Gießen geworden. Damit ist das Niederdeutsche in der Lehre jetzt auch wieder voll vertreten.

**Göttingen**

Die seit langem angekündigte 10. Lieferung des Niedersächsischen Wörterbuches ist im Juni 1976 erschienen. Es wird damit gerechnet, daß in den nächsten Jahren jährlich eine Lieferung herausgebracht werden kann. Bei einer besseren finanziellen und personellen Ausstattung der Arbeitsstelle ließe sich aber sicher eine höhere Frequenz erreichen.

Nach wie vor lebt das Niederdeutsche weithin in Niedersachsen; plattdeutsche Aktivitäten haben im Berichtsjahr erheblich zugenommen. Wir freuen uns, über einige plattdeutsche Ereignisse berichten zu können:

Die seit Jahren vom Heimatbund Niedersachsen angeregte „Plattdeutsche Christvesper“ am 2. Weihnachtstag in der Neustädter Kirche zu Hannover fand auch im vergangenen Jahre statt und hatte einen ganz bedeutenden Zulauf.

**Hannover**

Bei der offiziellen 25-Jahr-Feier der Emsland GmbH in Schloß Clemenswerth ist neben dem Geschäftsführer, der über die Leistungen des vergangenen Vierteljahrhunderts berichtete, der für die Landschaft typische und weithin bekannte „Hümmelske Bur“ in plattdeutscher Rede aufgetreten. Dabei hat sich wieder gezeigt, daß das Plattdeutsche auch bei Veranstaltungen seinen Platz hat, deren Tagesordnung sich vor allem mit Themen der Zukunft befaßt.

**Clemenswerth**

In Osnabrück wird seit 1956 plattdeutsches Theater gespielt. Seit 1975 ist die dortige Spielgemeinschaft einmal im Jahre mit 4-8 Aufführungen im Großen Haus der Städtischen Bühnen zu Gast.

**Osnabrück**

In Braunschweig wird die Pflege des Plattdeutschen von dem Verein „Klinter-Klater“ mit gutem Erfolg betrieben.

**Braunschweig**

Hier in Cuxhaven ist das Plattdeutsche noch ganz zu Hause. Wenn der „Plattdütsche Krink“ einlädt, kommt immer eine verhältnismäßig große Anzahl von Gästen zusammen. Wenn die „Döser Speeldeel“ spielt, ist die Aula der Gorch-Fock-Schule fast bis auf den letzten Platz besetzt.

**Cuxhaven**

Im vergangenen Jahre hatten wir darauf hingewiesen, daß auch die überlieferten Ortsnamen in den Bereich der gewachsenen Sprache gehören, und scharf dagegen protestiert, daß die Bundespost die oft tausend Jahre alten Ortsnamen durch Sammelbezeichnungen ersetzt, in denen die Dörfer der Großgemeinden nur noch mit einer Anhangzahl erscheinen. Nun hat uns die Bundespost mitgeteilt, daß sich im Zusammenhang mit der Änderung der Form der Postanschrift die Möglichkeit eröffnet, die alten Gemeindennamen mit in die Anschrift der Postsendungen aufzunehmen. In solchen Fällen müßte die Anschrift in der 1. Zeile den Namen, in der 2. den alten Gemeindennamen, in der 3. die Straße und in der 4. Postleitzahl und Namen der offiziellen Gemeinde enthalten.

**Alte Ortsnamen**

Die Bundespost hat uns dazu geschrieben, daß die diesbezüglichen Ausführungen in der Roten Mappe 1975 sie in ihren Bemühungen unterstützt hätten, diese Lösung zu finden.

Den Herrn Minister des Innern bitten wir, dafür zu sorgen, daß in ganz Niedersachsen die Ein- und Ausgangsschilder an den durch Ortschaften führenden Straßen zuerst den überkommenen historischen Namen der Gemeinde aufführen und - wenn Gemeinden zusammengelegt worden sind - den Namen der neugebildeten Gemeinde zusätzlich in einer späteren Zeile vermerken.

Damit sind wir am Schluß angelangt und danken noch einmal all denen, die uns bei unserer Arbeit geholfen haben, den vielen Ungenannten im ganzen Lande, den Vereinen und Verbänden, den Politikern und Behörden, der Presse sowie Rundfunk und Fernsehen. Ein besonderer Dank gilt den Leitern unserer Jugendseminare und allen jungen Menschen, die bei uns mitgemacht haben. Hoffen wir, daß sich ihre Zahl immer mehr vergrößert.

Möge uns das kommende Jahr wieder ein Stück weiterbringen; wir hoffen, daß es doch gelingen wird, die Menschlichkeit in die Zukunft hinüberzuretten.

## **Ein- und Ausgangsschilder der Ortschaften**

## **Dank an Helfert**